



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/10 - 13.5.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Zu den Spannungen in der Koalition	S. 1
Westliche und östliche Abrüstungsvorschläge	S. 3
Die Legion der Verdammten - Das Schicksal deutscher Fremdenlegionäre -	S. 4

## Permanentes Unbehagen

(sp) Einstweilen haben sich die Wogen der Erregung innerhalb der Koalition wieder einmal etwas geglättet. Das geschah aber unter Begleitumständen, die mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen lassen, daß es über kurz oder lang doch wieder zu lebhafter Bewegung kommen wird, denn keiner der Gegenstände, die Streit und Meinungsverschiedenheiten auslösten, ist aus der Diskussion verschwunden. Man hat nur eine augenblickliche Entschärfung der Gegensätze erreicht, die alle Züge einer mühsamen Überbrückung trägt. Ein sorgfältiger ausländischer Beobachter deutscher Innenpolitik fand dieser Tage dafür die Formel von der "gegenwärtigen kleinen Koalitionskrise im Dauerzustand".

Dabei überschneiden sich grundsätzliche und taktische Erwägungen, d.h. es ist nicht immer zu unterscheiden, wo das Bedürfnis innerhalb der so kräfteungleichen Koalition, Boden zu behaupten oder zu gewinnen, oder wo der Wunsch vorherrschend ist, sich nicht von bestimmten politischen Prinzipien abdrängen zu lassen. Im Vordergrund stehen außenpolitische Fragen, präziser gesagt, die nun offenkundig gewordene Sterilität und Ausweglosigkeit der starren, unbeweglichen Politik des Kanzlers mit den Hauptbestandteilen EWG-Integration, Saaraufgabe durch "Europäisierung" und mangelnde Tatkraft in der Wiedervereinigungspolitik. Das bisher bitterste Urteil hat darüber, soweit es sich um die Regierungsseite handelt, der Vorsitzende der FDP, Dr. Dohler, gefällt, als er feststellte,

daß "die Zeit gegen uns und gegen den Westen gelaufen ist und daß sich die Chance der von uns erstrebten militärischen und politischen Integration nicht verbessert hat".

Dazu treten erhebliche Meinungsverschiedenheiten der Innen- und speziell Kulturpolitik, die in der Vorbereitungszeit von Landtagswahlen in allen Teilen des Bundesgebietes besonders schwer wiegen.

Der eigentliche Ursprung der Spannungen liegt in dem erdrückenden Übergewicht der stärksten Regierungspartei, der CDU/CSU, über ihre Koalitionspartner, von denen nur der kleinste, die Deutsche Partei, vollkommen resigniert zu haben scheint. (Zur Auffrischung des Gedächtnisses: CDU 244, FDP 48, BHE 27, DP 15 stimmberechtigte Abgeordnete). Er liegt zum anderen in der rücksichtslosen Ausnützung der ihr durch diese Überlegenheit gegebenen Möglichkeiten durch die Partei des Kanzlers. Eigentlich war es im Falle Würmeling das erste Mal, daß Adenauer in einem Koalitionsstreit nicht den Mann aus der eigenen Partei stützte, wohl weil er inzwischen eingesehen hat, wie gefährlich sich die Abneigung gegen die absolutistische CDU/CSU in den Reihen ihrer Partner verstärkt hat. Gemessen an den friedlichen Verhältnissen innerhalb der Koalition des ersten Bundestages waren die Vorgänge, die sich um die Saar, den Familienminister Würmeling und den Wohnungsbauminister Preußker innerhalb weniger Tage abspielten, schon bemerkenswert und für die Träger der Regierungsgewalt recht beunruhigend, auch dann, wenn man noch nicht mit unmittelbaren Wirkungen für die Regierungszusammensetzung selbst zu rechnen hat.

Es ist recht bezeichnend, daß man nun plötzlich, wo die Koalitionsfront abzubrockeln beginnt, in der Regierung den Eindruck erwecken will, als seien die außenpolitischen Auffassungsunterschiede zwischen Regierung und Opposition "nur noch mikroskopisch". Das ist eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen. Richtig freilich ist, daß durch das Scheitern der Regierungskonzeption, vielfach fast zwangsläufig, sozialdemokratische Vorstellungen an die Stelle jener überholten, durch die Entwicklung widerlegten, offiziellen Illusionen getreten sind.

Bei alledem bleibt es allerdings äußerst unsicher, ob die Koalition in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und Uneinigkeit die Kraft finden wird, sich von ihr vertraut gewordenen Vorstellungen zu lösen und jene Schritte zu tun, die heute den deutschen und internationalen Notwendigkeiten entsprechen. Gewiß ist nur, daß schon der Versuch dazu den Zusammenhalt der Koalition zusätzlich belasten wird.

Westliche und östliche Abrüstungspläne

F.S.-London

Am Donnerstag begann in London die Tagung der Abrüstungs-Kommission der United Nations, die sich besonders mit der Kontrolle der Atomwaffe beschäftigen wird. An ihr nehmen Vertreter der USA, Großbritanniens, Kanadas, Frankreichs und der Sowjetunion teil.

Die britische Regierung, vor allem Ministerpräsident Churchill, bringt dieser Abrüstungs-Konferenz erhöhte Aufmerksamkeit entgegen, von der erhofft wird, daß sie wenigstens der Beginn für weitere Gespräche sein wird, die eine Basis geben sollen, auf der eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomentwicklung vorbereitet werden kann. Natürlich wird auch hier keine endgültige Regelung erfolgen können, bevor nicht ein direktes Gespräch zwischen dem amerikanischen und russischen Partner zustande gekommen ist. Die Verhandlungen sind zwar geheim; immerhin rechnet man bereits vor ihrem Beginn mit einem Hindernis, das eintritt, wenn der russische Vertreter die Teilnahme Chinas, Indiens und von einigen europäischen Ländern unter sowjetrussischer Kontrolle fordern wird.

Der westliche Vorschlag baut sich in der Hauptsache auf dem "Baruch-Plan" auf, der eine Weltorganisation vorsieht, die alle Einrichtungen der Atomentwicklung, von der Verarbeitung des Rohmaterials angefangen, beaufsichtigt. Der Vorrat an Atomwaffen soll nur dann vernichtet werden, wenn es sich ergibt, daß die Weltkontrolle mit ihren internationalen Aufsichtsorganen einwandfrei arbeiten kann. Der russische, in seinen Einzelheiten bis jetzt noch nicht bekannte Plan sieht zwar auch eine "strikte internationale Kontrolle" vor, macht aber Sanktionen der Kontrollbehörde von dem Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abhängig; die Kontrollbehörde würde außerdem nicht das Recht erhalten, in die inneren Verhältnisse eines Staates einzugreifen, was natürlich bedeutete, daß die Atomanlagen doch nur wieder unter nationaler Kontrolle stehen würden.

In Verbindung mit diesen beiden Plänen bliebe noch der Vorschlag des Präsidenten der USA zu beraten, der die Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke in den Vordergrund stellt. Außerdem hatte Eisenhower in seiner Rede vor der UNO nach der Bermuda-Konferenz angeregt, den Vorrat an atomischem Waffenmaterial auf ein Mindestmaß zu

beschränken. Von den Westmächten wird der "Baruch-Plan" als die einzige reale Grundlage für eine Verständigung mit der Sowjetunion in Fragen der Kontrolle der Atomwaffen angesehen.

Auch für die bisher gebräuchlichen Waffen liegen der Kommission Abrüstungspläne vor. Erst nachdem die Zahlen über die Stärke der nationalen Armeen und über das schon jetzt verwendbare Waffermaterial vorliegen und geprüft wurden, sollen nach dem westlichen Plan Angaben über die Atomwaffen durch die verschiedenen Staaten erfolgen. Vom Westen wird vorgeschlagen, die Armeen der Vereinigten Staaten, Rußlands und Chinas auf ungefähr je eine Million, von Frankreich und Großbritannien auf rund 750000 Mann festzusetzen, während Rußland eine allgemeine Herabsetzung der Mannschaftsstärke besonders der fünf Großmächte um ein Drittel des bisherigen Bestandes verlangt. Nach dem Muster der Genfer Konvention gegen den Gebrauch der Giftgase wünschen die Russen einen ähnlichen Vertrag, der den Bakterienkrieg ausschließt. Aber auch zu diesem Vorschlag wie zu anderen Angeboten vertreten die Westmächte die Auffassung, daß alle Abmachungen wertlos bleiben, solange den United Nations nicht das Recht zuerkannt wird, vertragsbrüchige Staaten durch Zwangsmaßnahmen zur Anerkennung ihrer Verpflichtungen zu zwingen.

+ + +

"Die Legion kämpft und - stirbt"

P.H. Durch die Dschungel Indochinas, durch die Berge einer feindseligen Welt ziehen sie dahin, in verschlissenen Uniformen, ohne Hab und Gut, nicht wissend, wo sie schlafen werden, was man ihnen als Nahrung bieten will, die unbekanntes, ungenannte Deutschen von Dien Bien Phu: die deutschen Fremdenlegionäre. Man kann so viele Zeitungen durchblättern wie man will, französische, englische, amerikanische, man kann die Reden über die "heldenhafte, glorreiche Verteidigung von Dien Bien Phu" noch einmal nachlesen: nirgends ein Wort der Würdigung, ein Wort der Anteilnahme für die deutschen Fremdenlegionäre. Ob der französische Ministerpräsident, ob Amerikas Präsident, ob Englands Premierminister: die Tatsache, daß es in der Mehrheit Deutsche - neben Marokkanern - waren, die ihr Leben in einem höchst fragwürdigen Abenteuer lassen mußten, hat sich in den höheren Sphären der "freien Welt" nicht herumgesprochen.

So war es immer.

So war es, seit jener Fürst Hohenlohe in den dreißiger Jahren

des vorigen Jahrhunderts dem unfähigsten europäischen Herrscherge-  
schlecht, Frankreichs Bourbonen, die Fremdenlegion aufstellte - aus  
Deutschen. Schon zwanzig Jahre später, im Krimkrieg vor Sebastopol,  
wurde sie als billiges Schlachtvieh hingeopfert - so wenig kam aus dem  
Krimkrieg zurück, daß die Legion neu aufgestellt werden mußte. Dann  
ging es nach Mexiko - deutsche Fremdenlegionäre, von Bazaine rück-  
sichtslos gegen das mexikanische, um seine Freiheit kämpfende Volk ein-  
gesetzt, schufen dem Habsburger Maximilian für einige Jahre seinen  
mexikanischen Kaisertraum. In der Wüste Coya liegen die Gebeine der  
Deutschen, die für einen Hungersold ihr Leben für die Deckung des  
französischen Rückzugs ließen, im mexikanischen Dorf Camerone zeigt  
man noch das Gehöft, in welchem eine ganze Kompagnie deutscher Legio-  
näre hingemetzelt wurde.

Wieviel Deutsche in Indochina im Dienste der französischen Kolo-  
nialherrschaft fielen oder an Malaria starben, verrät keine Statistik,  
Aber es sind tausende, wenn nicht zehntausende, denn vom ersten Erobe-  
rungsversuch in den 90er Jahren an hielt die Legion die erste Kampf-  
linie in dem stets von Aufruhr durchtobten Land. Dann kam - reden wir  
gar nicht erst von Marokko und dem Rif, wo Deutsche nicht nur in fran-  
zösischem, sondern auch in spanischem Sold ihr Leben ließen - der Dru-  
senaufstand des Jahres 1925. Sarrail und Gamelin wußten, wozu die Le-  
gionäre gut waren: zum Sterben auf verlorenem Posten. Ein amerikani-  
scher Legionär, Doty, hat unter dem Titel "Die Legion der Verdammten"  
beschrieben, wie die Legionäre als Kanonenfutter gegen die Drusen ge-  
opfert wurden. Im Jahre 1948 durften die Legionäre in Madagaskar ster-  
ben - es waren meist angebliche oder echte Nazis, die man vor die Wahl  
gestellt hatte, als "Kriegsverbrecher" vor ein Gericht gestellt zu wer-  
den oder sich "freiwillig" zur Legion zu melden.

Und jetzt wieder: Indochina, Dien Bien Phu .....

Sollte es nicht an der Zeit sein, daß die deutsche Regierung wie  
es andere, England, Belgien, Holland längst getan haben, die Werbung  
für die "Legion der Verdammten" verbietet, die Menschenfangzentralen  
der Legion auf deutschem Boden schließt ?

Man sage nicht, daß Frankreich protestieren werde - man lasse es  
darauf ankommen. Die französische Regierung und Generalität, die ein  
solches Verbot nicht zulassen würde, kennzeichnete sich selbst damit  
vor der zivilisierten, freien Welt.